

Klaus J. Bade, Politik, Populismus und Multikulturalität.

Impulsreferat zur Podiumsdiskussion
,Deutschland schafft sich neu – die multikulturelle Gesellschaft lebt'
Neues Rathaus München, 29.9.2011

Die Bürgergesellschaften in Europa haben sich zumeist in Einwanderungsgesellschaften verwandelt. Die Einwanderungsgesellschaft ist kein Zustand. Sie ist ein vielgestaltiger, komplexer und sich stets weiter ausdifferenzierender Kultur- und Sozialprozess. Er besteht aus dem regional, lokal und sozial unterschiedlich ausgeprägten Zusammenwachsen von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung, das beide Seiten tiefgreifend verändert.

Ergebnis ist ein beschleunigter Wandel von Strukturen und Lebensformen, insbesondere in Großstädten mit starker Zuwandererbevölkerung. Diesen Wandel als Normalität zu begreifen und als täglich neue Herausforderung anzunehmen, ist die zentrale Aufgabe in der Einwanderungsgesellschaft.

Sie wird aber von Menschen, die davon in ihren altvertrauten Lebensbereichen besonders betroffen sind, nicht selten als Überforderung, Zumutung und soziales Ärgernis registriert. Das führt mitunter zu als Selbstschutz verstandenen, aber aggressiv wirkenden Abwehrhaltungen – selbst gegenüber seit langem einheimisch gewordenen, nur mehr sogenannten ‚Fremden‘. ‚Alienation‘ nennen die Amerikaner diesen Entfremdungsprozeß, der seinerseits meist eine Übergangserscheinung in diesem Wandel ist.

Bei der Integration in der Einwanderungsgesellschaft ist Politik auf besondere Weise gefordert. Politik spielt in Sachen Integration in Deutschland eine ambivalente Rolle. Sie hat in diesem Bereich endlich kraftvoll Tritt gefasst - und kommt doch immer wieder ins Straucheln:

Einerseits ist das Thema Integration heute in den politischen Mainstream eingerückt, wenn auch mit folgenreicher historischer Verspätung gegenüber den immer wieder vorgetragenen Appellen zur aktiv gestaltenden Akzeptanz der gesellschaftlichen Realitäten. Integration wird zunehmend routiniert und pragmatisch einbezogen in die großen politischen Gestaltungsbereiche. Dabei ist in Deutschland in den letzten zehn Jahren integrationspolitisch mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor.

Andererseits kommt es im gleichen Feld immer wieder zu nur vermeintlich bürgerorientierten, in Wirklichkeit aber politisch-populistischen Stolperschritten. Sie untergraben nicht nur das Gruppenvertrauen in der Einwanderungsgesellschaft, sondern auch die Glaubwürdigkeit politischer Positionen, von der die Legitimation von Politik in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft lebt. Das galt insbesondere für politische Positionierungen auf dem Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘.

Viele Politiker distanzieren sich mehr oder minder klar von den überzogenen Positionierungen in der medialen ‚Sarrazin-Debatte‘. Nicht wenige aber ließen sich zum vermeintlichen Ausweis ihrer volksnahen Kompetenz im Herbst 2010 doch zu mitunter fatalen populistischen Konzessionen an die aufgeheizte Stimmung hinreißen. Das galt insbesondere für den Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘ im Oktober 2010. Zwei prominente Beispiele seien hier genannt:

Beispiel 1: Der bayerische Ministerpräsident Seehofer empfahl im Oktober 2010, die Grenzen vor Türken und Arabern zu schließen und votierte gegen eine Zuwanderung „aus fremden Kulturkreisen“ (ohne die gerade Bayern zweifelsohne nicht entstanden wäre). In seiner Rede zum politischen Aschermittwoch am 9. März 2011 garantierte er unter tosendem Applaus schließlich sogar einen Kampf „bis zur letzten Patrone“ gegen kulturfremde Einwanderung.

Beispiel 2: Gleichfalls im Oktober 2010 verkündete Bundeskanzlerin Merkel, die sich zuvor klar von der medialen Sarrazinade distanziert hatte, in Wahlkampfstimmung plötzlich barsch: „MultiKulti“ sei „gescheitert, absolut gescheitert“, was der bayerische Ministerpräsident steigerte zu der Sterbeurkunde „MultiKulti ist tot“.

Diese finale Diagnose war in der Sache doppelt falsch; denn man muss hier gesellschaftspolitische Konzepte und gesellschaftliche Entwicklung unterscheiden: Als Regierungskonzept hat es Multikulturalismus in Deutschland – im Gegensatz zu den Niederlanden – nie gegeben. Es gab hierzulande nur die frühen, naiven Vorstellungen einiger Grünen von Integration als immerwährendem Straßenfest mit fröhlichen Rutschbahnen in ein buntes Paradies.

Aber von dieser realitätsblinden MultiKulti-Romantik haben sich die frühen Grünen viel rascher gelöst als die Unionsparteien mit ihrem noch

Jahrzente beibehaltenen Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘. Das gleiche galt für lange kontraproduktive, weil im Effekt desintegrative Konzepte wie ‚soziale Integration‘ nur ‚auf Zeit‘ zur ‚Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft‘ mit ausdrücklicher Warnung vor ‚Assimilation‘, die diese Heimatorientierung schwächen könnte. Es galt für gezielt segregative ‚Nationalklassen‘ an bayerischen Schulen u.a.m. Das war lange die wirkliche, insbesondere unter dem Einfluss der bayerischen Schwesterpartei der Union getretene regierungsamtliche Integrationsbremse, medial verstärkt durch den publizistischen „Sperrriegel“ (D. Oberndörfer) mit dem Markenzeichen FAZ.

Es ist deshalb parteipolitische Geschichtsklitterung, zu behaupten, MultiKulti hätte Deutschland daran gehindert, rechtzeitig Integrationspolitik zu treiben, obgleich dies selbst für die Gegenwart noch immer behauptet wird. Das galt z. B. für die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer, die vor dem Hintergrund der ‚Sarrazin-Debatte‘ im September 2010 erklärte: „Multikulti ist das größte bundespolitische Integrationshindernis der letzten Jahre.“

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zu Recht haben deshalb führende deutsche Politiker aus verschiedenen Parteien selbstkritisch dem erwähnten Diktum des vormaligen Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Jahr 2006 zugestimmt, man habe die Integration politisch schlicht „verschlafen“.

Den vielgezielen Multikulturalismus hat es als Regierungskonzept in Deutschland also nie gegeben. Und die multikulturelle Realität unserer Gesellschaft zu bestreiten, wäre heute noch realitätsferner als das alte Dementi Deutschland sei ‚kein Einwanderungsland‘. Deutschland ist heute de facto ein multikulturelles Land, ob man das will oder nicht. Wer das ändern wollte, hätte sich historisch früher engagieren müssen.

Solche und andere populistische Redensarten steigerten in ihrer Missverständlichkeit noch das neue Fiasko, das die ‚Sarrazin-Debatte‘ im Ausland für das Bild von Integration Deutschland bewirkt hat. Es kam z.B. darin zum Ausdruck, dass der blond toupierte niederländische Rechtspopulist und anti-islamische Demagoge Geert Wilders sich animiert fühlen konnte, der deutschen Bundeskanzlerin und dem bayerischen Ministerpräsidenten zu danken, weil sie „die Führung auf dem Gebiet der Islamkritik“ übernommen hätten.

Was z.B. sollen Kanadier mit ihrem berühmten Leitbild ‚Vielfalt ist unsere Stärke‘ (‚diversity is our strength‘) verstehen, wenn aus Deutschland die Botschaft kommt, kulturelle Vielfalt sei ‚gescheitert‘ oder gar ‚tot‘? Das ist das Gegenteil der dringend nötigen Förderung der Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland, die durch die fromme Rede von der wünschenswerten ‚Willkommenskultur‘ nicht zu ersetzen ist.

Politik sollte der skandalisierenden Desintegrationspublizistik nicht mit populistischen Konzessionen begegnen. Sie sollte vielmehr endlich anerkennen, dass Integration in Deutschland insgesamt und auch im internationalen Vergleich ein Erfolgsfall ist. Das ist verständlicherweise für manche Politiker in Deutschland nicht ganz einfach; denn Politik hat, jedenfalls auf der Bundesebene, die *von unten* gewachsene Integration jahrzehntelang *von oben* nicht nur nicht zureichend befördert, sondern zum Teil sogar durch kontraproduktive Konzepte behindert.

Empfänge für alte ‚Gastarbeiter‘ im Bundeskanzleramt unter dem Motto ‚Deutschland sagt danke‘ und symbolträchtige Veranstaltungen wie die Deutsche Islamkonferenz (DIK) I und II, die inzwischen vier Integrationsgipfel mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) und dem nationalen Aktionsplan (NAP) zu dessen praktischer Weiterentwicklung sind zweifelsohne verdienstvolle und auch über ihre Signalfunktion hinaus nützliche Initiativen.

Sie bilden aber sehr späte prunkvolle Rahmen zu einem Bild, das sich gleichsam selber geschaffen hat; denn es war die mit der Zuwandererbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft zusammenwachsende Bürgergesellschaft selbst, die diese *von oben* lange kaum erleichterte oder gar geförderte Integrationsleistung *von unten* bewerkstelligt hat. Diese gewaltige gesellschaftliche Leistung des Souveräns sollte bei dessen auf Zeit gewählten politischen Repräsentanten mehr Respekt und Anerkennung finden.

Politik muss auch verstehen lernen, dass eine auf der Zeitachse ‚reifer‘ werdende Einwanderungsgesellschaft mit schon über mehrere Generationen laufenden Integrations- und Assimilationsprozessen neue Gestaltungsaufgaben mit sich bringt: Es geht immer weniger sozialtherapeutisch um die ‚Integration von Migranten‘ durch Maßnahmen und immer mehr gesellschaftspolitisch um die soziale Anerkennung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch Teilhabe an den

zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dabei kann ein Migrationshintergrund nur noch ein – zusätzliches - Förderungskriterium unter anderen sein.

Die Integrations- und Migrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2010/2011 zeigen: Die Bürgergesellschaft in Deutschland urteilt, trotz aller neuen völkischen, zum Teil auch neo-nationalsozialistischen Agitation an den Rändern, in ihrer breiten Mitte durchaus rationaler und pragmatischer über Integration und Migration als viele politische Akteure zu glauben scheinen. Sie scheint im Blick auf begründbar anstehende migrationspolitische Entscheidungen auch deutlich belastbarer zu sein als von vielen politischen Akteuren vermutet.

Aufgegeben werden sollte deshalb das politische Versteckspiel hinter den sogenannten ‚Ängsten in der Bevölkerung‘, die man ‚ernst nehmen‘ müsse. Politik sollte also davon ablassen, in Sachen Migration und Integration die Bürgergesellschaft in einer Art Kindergarten für Erwachsene betreuen und dort vor ihren eigenen Ängsten beschützen zu wollen. Dies wäre nichts anderes als der Versuch, den eigenen Mangel an couragierter Gestaltungsbereitschaft mit angeblich lähmenden Ängsten des Souveräns zu legitimieren.

Politik muss begreifen, dass hier Eile geboten ist, wenn aus engagierten Bürgern nicht noch mehr ‚Wutbürger‘, Nicht- oder Protestwähler werden sollen. Nötig dazu sind klare, für die Bürgergesellschaft nachvollziehbare Konzepte mit zielorientierten, in ihrer Zielannäherung messbaren und an der Wahlurne bewertbaren Strategien, getragen von politischer Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft in Regierungsverantwortung.

Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien. Die konnten hierzulande bislang noch im vorhandenen Parteienspektrum aufgefangen werden.

Vielleicht brauchen diese Strömungen auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. Das aber wäre in Deutschland nur eine

scheinbare europäische ‚Normalisierung‘; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von der Geschichte anderer europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Eine richtungweisende Mahnung könnte die norwegische Reaktion auf das Verbrechen des christlich-fundamentalistischen Terroristen Breivig sein: in der multikulturellen Gesellschaft auf minderheitenfeindliche, anti-liberale, antidemokratische und anti-europäische Strömungen zu reagieren mit einer umso kraftvolleren Offensive für Gemeinschaft in der Vielfalt, für liberale und demokratische Offenheit im eigenen Land und in Europa.